

# Regionalpolitik

Ines Hartwig\*

Als die designierte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ihre politischen Prioritäten im Europäischen Parlament vorstellte, firmierte Kohäsionspolitik nicht explizit unter den sechs politischen Prioritäten. In ihrer Agenda für Europa „Eine Union, die mehr erreichen will“<sup>1</sup> gab sie zwar ein eindeutiges, aber auch bündiges Bekenntnis zu ihrer Bedeutung ab: „Kohäsionsfördermittel sind wichtig, um unseren Regionen und ländlichen Gebiete von Ost nach West, von Nord nach Süd dabei zu helfen, mit Wandel und Veränderung in unserer Welt mitzuhalten. Aber wir müssen mehr tun.“<sup>2</sup> Was mit dem letzten Satz gemeint ist, findet sich auf den folgenden Seiten: Dazu zählt die Schaffung eines Fonds für einen fairen Übergang, mit dem Menschen und Regionen gefördert werden sollen, die am stärksten in Mitleidenschaft gezogen wurden. Einen europäischen Klimapakt soll es geben, der Regionen, lokale Gemeinschaften, die Zivilgesellschaft, Industrie und Schulen zusammenbringt, um Zusagen auszuarbeiten und sich auf ihre Einhaltung zu verpflichten. Der Investitionsplan, den es bereits unter der von Jean-Claude Juncker geführten Europäischen Kommission gab, soll in den nächsten zehn Jahren in der gesamten Europäischen Union Investitionen in Höhe von 1 Bio. Euro unterstützen. Insgesamt räumt die designierte Kommissionspräsidentin den Regionen eine zentrale Rolle ein. Sieben Mal verweist ihr politisches Manifest auf die Bedeutung der Regionen, nicht zuletzt als Transmissionsriemen zwischen der Europäischen Union und ihren Bürgerinnen und Bürgern.

Kohäsionspolitik wird auch in der öffentlichen Debatte als Puffer wahrgenommen, um antieuropäische und letztendlich auch demokratiefeindliche Kräfte im Zaume zu halten. Im April 2019 titelte die Tageszeitung „Le Monde“, dass sich die Disparitäten zwischen den Regionen im Verlauf der letzten 10 Jahre weiter verstärkt haben.<sup>3</sup> Während EU-weit das durchschnittliche Jahreswachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP) 2,1 Prozent betrug, stagnierte es in einer Vielzahl von Regionen Italiens, Spaniens, Portugals und Griechenlands. Große Entwicklungsunterschiede innerhalb der Mitgliedstaaten schürten das Potenzial für populistische Tendenzen und die Gelbwestenbewegung in Frankreich.

Eine im Auftrag der Europäischen Kommission erstellte Studie kommt zu folgendem Schluss:

„if Europe is to combat the rise of a geography of EU discontent then fixing the so-called places that don't matter is possibly one of the best ways to start. Responding to this emerging geography of EU discontent requires addressing the territorial distress felt by those places that have been left behind and promoting policies that go beyond fundamentally targeting – as has often been the case until now – either

---

\* Der Beitrag spiegelt ausschließlich die Sichtweise der Autorin wider.

1 Ursula von der Leyen: Eine Union, die mehr erreichen will. Meine Agenda für Europa. Politische Leitlinien für die künftige Europäische Kommission 2019-2024, 10.9.2019, abrufbar unter: [https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/political-guidelines-next-commission\\_de.pdf](https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/political-guidelines-next-commission_de.pdf) (letzter Zugriff: 31.10.2019).

2 Ursula von der Leyen: Eine Union, die mehr erreichen will, 2019, S. 6.

3 Marie Charrel/Blaise Gauquelin/Anne-Françoise Hivert: Dans l'Union, l'inquiétant creusement des fossés régionaux, in: Le Monde, 7.4.2019.

the more developed and often dynamic large cities or simply the least developed regions. This entails thinking about viable development intervention to deal with long-term trajectories of low, no, or negative growth and provide solutions for those places suffering from industrial decline and brain drain, as well as those stuck in a middle-income trap.<sup>4</sup>

Damit wird Kohäsionspolitik zum Bindemittel für den europäischen Zusammenhalt und als Hebel für die Förderung europäischen Bewusstseins beschrieben.

### **Operationelle Programme und Ergebnisse im Zeitraum 2014 bis 2020**

Bis Mitte 2019 war der Stand der Förderung aus den drei Fonds (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), Europäischer Sozialfonds (ESF), Kohäsionsfonds (KF)), die der Regionalpolitik zugerechnet werden, wie folgt: Es gab eine Finanzierungszusage der Europäischen Kommission für Projekte in Höhe von 497 Mrd. Euro. Das waren 77 Prozent der geplanten Mittel für die ganze Periode in Höhe von 643 Mrd. Euro. Tatsächlich ausgezahlt wurden bis Oktober 2019 Mittel in Höhe von 162,6 Mrd. Euro beziehungsweise 35 Prozent.<sup>5</sup> Diese Werte sind Durchschnittswerte auf EU-Ebene. Auf Ebene der Mitgliedstaaten zeigt sich zunächst ein eher heterogenes Bild. Während Spanien für 58 Prozent, Italien und Luxemburg für 68 Prozent der Mittel Finanzierungszusagen gegeben haben, liegt die Rate für Malta, Zypern, Finnland und Irland bei über 90 Prozent und für Ungarn sogar bei über 100 Prozent der Mittel. Bei tatsächlich ausgezahlten Mitteln setzt sich diese Kluft zwischen den Mitgliedstaaten weiter fort. Auf der einen Seite finden sich Finnland und Irland mit 62 Prozent beziehungsweise 55 Prozent ausgezahlter Mittel und Kroatien und Italien auf der anderen Seite mit 25 Prozent und 27 Prozent. Für Deutschland liegen die Finanzierungszusagen bei 77 Prozent und die ausgezahlten Mittel bei 39 Prozent der Gesamtmittel. Trotz dieser Unterschiede lassen die Finanzdaten den Schluss zu, dass alle Mitgliedstaaten gleichermaßen bei der Umsetzung der Programme an Tempo zugelegt haben.

Im Jahr 2018 hat die Europäische Kommission ein neues Maßnahmenpaket umgesetzt, auch bekannt als „intelligente Spezialisierung“, das darauf abzielt, Europas Regionen bei Investitionen in ihre Wettbewerbsnischen weiter zu unterstützen. Zu diesen Maßnahmen gehört die weitere Unterstützung der „Initiative für strukturschwache Regionen“ sowie die Umsetzung einer neuen Initiative für die sich im industriellen Wandel befindenden Regionen. In diesem Rahmen erhalten Pilotaktionen in zehn Regionen und zwei Mitgliedstaaten fachliche Beratung und finanzielle Unterstützung aus dem EFRE und von der

Europäischen Beobachtungsstelle für Cluster und den industriellen Wandlungsprozess. Dennoch kommt die Europäische Kommission zu folgendem Schluss:

„Simulations based on economic models (namely QUEST and RHOMOLO) suggest a positive and significant impact of cohesion policy interventions on GDP and employment during and after the implementation of operational programmes. In the EU-12, programmes of the 2007-2013 period are expected to have increased the level of GDP by 2,7 % per year between 2007 and 2016 and employment by around

---

4 Lewis Dijkstra/Hugo Poelman/Andrés Rodríguez-Pose: The Geography of EU Discontent, CEPR Discussion Paper No. DP14040, 17.10.2019, abrufbar unter: [https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract\\_id=3471234](https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=3471234) (letzter Zugriff: 12.10.2019).

5 Europäische Kommission: European Structural and Investment Funds (ESI Funds) – explore our data, abrufbar unter: <https://cohesiondata.ec.europa.eu/overview> (letzter Zugriff: 12.10.2019). Detaillierte Informationen zu den geplanten, zugesagten und ausgezahlten Beträgen aus den ESI-Fonds nach Ländern und den einzelnen Fonds können der offenen Datenplattform der Europäischen Kommission zur Kohäsionspolitik entnommen werden. Die hier präsentierten Zahlen sind zum Teil eigene Berechnungen basierend auf den Daten aus dieser Plattform.

735,000 units. Programmes of the 2014-2020 period are expected to increase the level of GDP by 1,7 % per year between 2014 and 2023 in the EU-12.<sup>6</sup>

Diese positive Bilanz auf EU-Ebene findet sich allerdings auch im Jahre 2019 nicht auf regionaler Ebene wieder. Seit Jahren befinden sich stets jene Regionen, in denen die Hauptstadt oder eine große Metropolregion liegt, am oberen Ende der Wirtschaftsentwicklung.<sup>7</sup>

### Kohäsionspolitik nach 2020 – Verhandlungspositionen der Gesetzgeber

Die Europäische Kommission hat ihre Vorschläge für die Dachverordnung und die fonds-spezifischen Verordnungen am 29. Mai 2018 veröffentlicht. Am 27. März 2019 beschloss das Europäische Parlament die erste Lesung zur Dachverordnung. Vor der Wahl des Europäischen Parlaments im Mai 2019 kamen die Berichterstatter mit Vertretern der rumänischen Präsidentschaft und der Europäischen Kommission drei Mal im sogenannten Trilog zusammen. Im Oktober fand dann eine weitere Sitzung im Rahmen eines Trilogs statt. Auch wenn im Laufe dieser Treffen die beiden gesetzgeberischen Organe einen Konsens in Einzelfragen erzielen konnten, gilt für die Verhandlungen das Prinzip „nothing is agreed until everything is agreed“. Somit ist jeder Verhandlungsfortschritt potenziell auch immer einer auf Widerruf. Erst wenn der Gesetzgeber sich auf die gesamte Verordnung einschließlich aller Anhänge geeinigt hat, gelten die Verhandlungen als erfolgreich abgeschlossen. Allerdings stehen diese Verhandlungen unter einem erheblichen Zeitdruck, da möglichst bis Mitte 2020 eine politische Einigung erzielt worden sein sollte, damit diese fristgerecht zu Beginn der Förderperiode in Kraft treten kann.<sup>8</sup>

Mit den Reformvorschlägen vom Mai 2018 besteht wieder einmal die Möglichkeit der Neuausrichtung und -gewichtung der Kohäsionsmittel.<sup>9</sup> Die übergeordneten Reformziele, die die Europäische Kommission formuliert, erinnern zunächst jedoch an vorangegangene Reformen: Die Programme sollen schlanker, die Politik soll einfacher und flexibler werden und damit besser auf die Bedürfnisse der Regionen zugeschnitten und enger mit dem europäischen Semester sowie der wirtschaftspolitischen Steuerung der Union verzahnt werden.<sup>10</sup> Um diese Ziele zu erreichen setzt die Europäische Kommission allerdings auf einige Neuerungen: So wird die Dachverordnung (CPR<sup>11</sup>) zukünftig für sieben anstatt wie bisher für fünf Fonds gelten. Der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung

6 Europäische Kommission: Entwurf des Gesamthaushalts der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2020, Working Document, Part I Programme Statements of operational expenditure, 5.7.2019, COM(2019)400, S. 225.

7 Paola Annoni/Lewis Dijkstra: The EU regional competitiveness index 2019, 7.10.2019, abrufbar unter: [https://ec.europa.eu/regional\\_policy/sources/docgener/work/2019\\_03\\_rci2019.pdf](https://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/work/2019_03_rci2019.pdf) (letzter Zugriff: 12.10.2019).

8 Auf eine politische Einigung folgt zunächst die Übersetzung in alle Amtssprachen der Union. Daraufhin analysieren Sprachjuristen den Text auf eventuelle rechtliche Unklarheiten. Diese werden dann wieder dem Gesetzgeber vorgelegt, der dann in der Frage eine Einigung finden muss.

9 Europäische Kommission: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates mit gemeinsamen Bestimmungen für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds Plus, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit Haushaltsvorschriften für diese Fonds und für den Asyl- und Migrationsfonds, den Fonds für die innere Sicherheit und das Instrument für Grenzmanagement und Visa, 29.5.2018, COM(2018)375 final.

10 Europäische Kommission: Regionale Entwicklung und Zusammenhalt – Rechtstexte und Factsheets, 29.5.2018, abrufbar unter: [https://ec.europa.eu/commission/publications/regional-development-and-cohesion\\_de](https://ec.europa.eu/commission/publications/regional-development-and-cohesion_de) (letzter Zugriff: 12.10.2019).

11 Dieser Beitrag verwendet die auch im deutschen Sprachraum gängige Abkürzung des englischen Begriffs für Dachverordnung, „Common Provisions Regulation“ (CPR).

des ländlichen Raumes (ELER) soll zukünftig nicht mehr unter die Dachverordnung fallen, dafür aber drei Fonds aus dem Bereich Inneres und Migration.<sup>12</sup> Das ist auch deshalb bemerkenswert, weil die Europäische Kommission sonst die Erleichterungen für nationale und regionale Programmverwalter und das Potenzial für Synergieeffekte durch die Schaffung eines einzigen Regelwerks betont.<sup>13</sup> Das Europäische Parlament will diese Beschränkung daher auch nicht akzeptieren und fordert, den Landwirtschaftsfonds wieder in das gemeinsame Regelwerk zu integrieren<sup>14</sup> – eine Position, die von den Mitgliedstaaten im Ministerrat nicht geteilt wird. Dennoch stellt die Tatsache, dass so unterschiedliche Fonds unter einem Gesetzespaket zusammengeführt werden, den Gesetzgeber vor neue Herausforderungen. Während die jeweiligen fondsspezifischen Verordnungen im Europäischen Parlament in den Fachausschüssen und im Ministerrat in den jeweiligen fachlich zuständigen Arbeitsgruppen verhandelt werden, wird die Dachverordnung im Europäischen Parlament ausschließlich im Ausschuss für regionale Entwicklung und im Ministerrat in der für Strukturfonds zuständigen Arbeitsgruppe verhandelt. Dadurch besteht das Risiko einer ungleichgewichtigen Bedeutung der verschiedenen Fonds. Darüber hinaus werden die Verhandlungen noch dadurch erschwert, dass der Ministerrat einige der Bestimmungen aus den Verhandlungen in der zuständigen Arbeitsgruppe herausgelöst und sie in eine „Verhandlungsbox“ überführt hat. Der Rat hat am 30. November 2018 den Entwurf dieser Verhandlungsbox veröffentlicht.<sup>15</sup> Darin geht es neben den Bestimmungen im Zusammenhang mit der Verordnung zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) auch um horizontale und bereichsspezifische Fragen in Bezug auf Bestimmungen im Bereich der Ausgabenprogramme, die unter das ordentliche Gesetzgebungsverfahren fallen. Der endgültige Entwurf der Verhandlungsbox wird vermutlich als Standpunkt des Europäischen Rates übernommen. Das Parlament hat diese Vorgehensweise kritisiert und folgt dieser Logik auch nicht, weil die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates den legislativen Verhandlungen nicht vorgeifen dürfen. Das Europäische Parlament hat für seine Verhandlungsführer ein Mandat für die gesamte CPR erstellt.

In ihrem Vorschlag hat die Europäische Kommission – ganz dem Primat der Vereinfachung folgend – die bisherigen elf politischen Ziele zu fünf Zielen zusammengefasst, die ihrerseits von zwei horizontalen Zielen ergänzt werden. Keines dieser Ziele bedeutet eine grundlegende Neuausrichtung der Kohäsionsmittel. Auffällig ist allerdings, dass die soziale und beschäftigungspolitische Dimension der Kohäsionspolitik ein einziges übergeordnetes Ziel hat. Auch wenn sich im Vorschlag der Europäischen Kommission zum ESF+ weitere spezifische Ziele finden, büßt die soziale Dimension in der CPR zumindest an Sichtbarkeit ein. Dementsprechend zielen eine Vielzahl von Änderungsvorschlägen des Europäischen Parlaments darauf ab, die soziale Dimension der Kohäsionspolitik zu stär-

---

12 Asyl- und Migrationsfonds, Instrument für finanzielle Hilfe im Bereich Grenzmanagement und Visa, Fonds für die innere Sicherheit; vgl. hierzu auch den Beitrag „Asyl-, Einwanderungs- und Visapolitik“ in diesem Jahrbuch.

13 Europäische Kommission: EIN EU-HAUSHALT FÜR DIE ZUKUNFT, Regionale Entwicklung und Zusammenhalt, 29.5.2019, abrufbar unter: [https://ec.europa.eu/commission/publications/regional-development-and-cohesion\\_en](https://ec.europa.eu/commission/publications/regional-development-and-cohesion_en) (letzter Zugriff: 4.11.2019).

14 Europäisches Parlament: Abänderungen des Europäischen Parlaments vom 13. Februar 2019 zu dem Vorschlag für eine Dachverordnung, 13.2.2019, (COM(2018)0375) P8\_TA-PROV(2019)0096, Abänderung 1.

15 Rat der Europäischen Union: Limite. Vermerk. Mehrjähriger Finanzrahmen (2021-2027): Entwurf der Verhandlungsbox, abrufbar unter: <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-14759-2018-INIT/de/pdf> (letzter Zugriff: 4.11.2019).

ken. Weitere Änderungen sollen eine Stärkung der Nachhaltigkeit und der Klimaschutzziele bewirken. Der Rat hingegen akzeptierte weitestgehend die von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen übergeordneten Politikziele.

Ein weiterer Aspekt des Vorschlags, obschon aus der gegenwärtigen Förderperiode bekannt, wird sicher auf sehr unterschiedliche Vorstellungen der Ko-Gesetzgeber treffen: Die in Art. 15 CPR ausgeführte sogenannte makroökonomische Konditionalität.<sup>16</sup> Obwohl die Europäische Kommission diesen Artikel im Vergleich zur gegenwärtigen CPR gestraft hat, sind die Kernelemente beibehalten worden: Unter bestimmten Voraussetzungen, die ein makroökonomisches Ungleichgewicht nahelegen, können die Zahlungen oder Mittelbindung ausgesetzt werden. Das Europäische Parlament hat den gesamten Artikel gestrichen. Der Ministerrat hat große Teile dieses Artikels in die Verhandlungsbox verschoben. Es kann angenommen werden, dass dieser Artikel zu jenen gehören wird, die zum Abschluss der Verhandlungen Teil eines großen Kompromisspaketes sein werden.

Die Verteilung der Mittel auf die Regionen soll solidarischer werden. Auch wenn das BIP (und das Bruttonationaleinkommen (BNE) für den Kohäsionsfonds) weiterhin das bei weitem größte prozentuale Gewicht in der sogenannten Berlin-Methode haben soll, gefolgt von Arbeitsmarkt, Bildung und Demographie, sollen zukünftig auch Treibhausgasemissionen in den Sektoren außerhalb des Emissionshandelssystems und die Nettomigration von Nicht-EU-Bürgern bei der Zuteilung der Mittel zugrunde gelegt werden.<sup>17</sup> Der Förderungsschwerpunkt soll stärker auf den weniger entwickelten Regionen liegen, indem ihr Anteil an den Mitteln von 53 Prozent auf 62 Prozent aufgestockt wird, während die Mittel für die stärker entwickelten Regionen von 15 Prozent auf 11 Prozent abgesenkt werden sollen.<sup>18</sup> An dieser Mittelzuteilung ändert das Europäische Parlament nichts. Allerdings korrespondieren diese Prozentsätze mit weitaus höheren Beträgen als von der Europäischen Kommission vorgeschlagen.<sup>19</sup> Die Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten und Regionen soll gestärkt werden, indem die Kofinanzierungsobergrenzen von 70 Prozent, 55 Prozent und 40 Prozent für die drei aus der gegenwärtigen Programmperiode fortgeführten Regionenkategorien abgesenkt werden.<sup>20</sup> In dieser zentralen Frage können Rat und Parlament aber noch nicht direkt in Verhandlungen treten, weil diese Bestimmungen Teil der

16 Der genaue Titel von Artikel 15 lautet „Maßnahmen zur Schaffung einer Verbindung zwischen der Wirksamkeit der Fonds und der ordnungsgemäßen wirtschaftlichen Steuerung“.

17 Europäische Kommission: EU Budget for the future. New legislative package for cohesion policy 2021-2027, 12.6.2018, abrufbar unter: [https://ec.europa.eu/slovakia/sites/slovakia/files/presentation\\_bratislava12062018-1.pptx](https://ec.europa.eu/slovakia/sites/slovakia/files/presentation_bratislava12062018-1.pptx) (letzter Zugriff 14.10.2019).

18 Kommission: Vorschlag COM(2018)375 final, Artikel 104.1.

19 Das Europäische Parlament fordert, die Obergrenze des mehrjährigen Finanzrahmens für die Mittel für Verpflichtungen von derzeit 1,0 Prozent des BNE der EU-28 auf 1,3 Prozent des BNE der EU-27, das heißt 1.324.089 Mio. Euro (zu Preisen von 2018), zu erhöhen. Das wäre gegenüber dem Vorschlag der Kommission eine Erhöhung um 16,7 Prozent. Die Mittelausstattung der Kohäsionspolitik sollte (preisbereinigt) aufrechterhalten werden und nicht, wie von der Kommission vorgeschlagen, abgesenkt werden.

20 In der gegenwärtigen Förderperiode betragen die Kofinanzierungsätze 85 beziehungsweise 80 Prozent für weniger entwickelte Regionen, 60 Prozent für Übergangsregionen und 50 Prozent für entwickelte Regionen. Vgl. Europäische Kommission: Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates, Art. 120.3.

„Verhandlungsbox“ sind. Ob der Rat allerdings die vom Parlament geforderte Erhöhung der Kofinanzierungssätze auf 85 Prozent, 65 Prozent und 50 Prozent mittragen wird, ist mehr als fraglich.

Die vielfach als unzureichend eingeschätzten ex-ante-Konditionalitäten der gegenwärtigen Förderperiode sollen durch sogenannte „grundlegende Voraussetzungen“ ersetzt werden. Ihre Einhaltung soll anders als die ex-ante-Konditionalitäten nicht nur zu Beginn der Programmperiode überprüft werden, sondern auch im Laufe der Förderperiode. Während das Parlament die grundlegenden Voraussetzungen begrüßt und noch zwei weitere horizontalen Voraussetzungen vorgeschlagen hat,<sup>21</sup> ist der Rat dagegen bestrebt, den Geltungsbereich der Voraussetzungen zu beschränken.

Neu und von potenziell weitreichender Bedeutung für die Kohäsionspolitik ist eine spezifische Verordnung zur Rechtsstaatlichkeit, die Teil des MFR-Pakets ist.<sup>22</sup> Sie soll die Wirksamkeit der Ausgaben und eine solide Mittelverwaltung durch eine leistungsfähige Justiz gewährleisten. Dieser neue Mechanismus soll es der Europäischen Union ermöglichen, den Zugang zu EU-Mitteln je nach Art, Schwere und Umfang der Rechtsstaatlichkeitsdefizite zu beschränken oder gar auszusetzen, denn die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien ist eine entscheidende Vorbedingung für die Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung und wirksame Unionsfinanzierung.

### **Ausblick**

Die Europäische Kommission hatte mit der Veröffentlichung ihrer Vorschläge für die CPR und ihren fondsspezifischen Verordnungen das Ziel ausgegeben, vor den Wahlen zum Europäischen Parlament eine politische Einigung über diese Gesetzesvorhaben zu erreichen. Dieses Ziel wurde nicht erreicht. Mit der Wiederernennung derselben Berichterstatter für die CPR hat das Europäische Parlament allerdings den Weg geebnet, an den Verhandlungsfortschritten, die vor der Wahl erzielt wurden, anzuknüpfen. Ob das allerdings ausreichen wird, um die Verhandlungen fristgerecht abzuschließen, damit die Verordnungen Anfang 2021 in Kraft treten können, wird zum gegenwärtigen Zeitpunkt von zu vielen Unwägbarkeiten beeinflusst.

### **Weiterführende Literatur**

Peter Becker: The reform of European cohesion policy or how to couple the streams successfully, *Journal of European Integration*, 2/2019, S. 147-168.

Riccardo Crescenzi/Mara Giua: One or Many Cohesion Policies of the European Union? On the Diverging Impacts of Cohesion Policy across Member States, SERC Discussion Papers 0230, Spatial Economics Research Centre, LSE, February 2018.

Friedrich Heinemann: Überlegungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen der EU nach 2020 – Stellungnahme, erarbeitet anlässlich der Anhörung des Ausschusses für die Angelegenheiten der EU des Deutschen Bundestages am 21.10.2019 [http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/ZEW\\_Stellungnahme\\_Europaausschuss\\_2019.pdf](http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/ZEW_Stellungnahme_Europaausschuss_2019.pdf) (letzter Zugriff: 9.11.2019)

---

21 Der Titel der vorgeschlagenen Voraussetzungen lautet: (1) Umsetzung der Grundsätze und Rechte der europäischen Säule sozialer Rechte, die zu einer echten Konvergenz und Kohäsion in der Europäischen Union beitragen und (2) Wirksame Anwendung des Partnerschaftsprinzips. Vgl. hierzu: Europäisches Parlament: Vorschlag für eine Dachverordnung, 2019, Abänderungen 379 und 380.

22 Die CPR verweist in Erwägungsgrund 6 auf diese Verordnung. Vgl. hierzu: Europäische Kommission: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Schutz des Haushalts der Union im Falle von generellen Mängeln in Bezug auf das Rechtsstaatsprinzip in den Mitgliedstaaten, 2.5.2018, COM(2018) 324 final.